

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/2566 –**

#### **Schweinehaltern durch die Krise helfen**

##### **A. Problem**

Die Fraktion der CDU/CSU bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die Schweinehaltung in Deutschland eine lange Tradition hat und einen wichtigen Produktionszweig in der Nutztierhaltung darstellt. Aktuell erleben nach Darstellung der Antragsteller die heimischen Schweinehalter eine bislang unbekannte Marktverwerfung, in der viele Absatzwege im In- und Ausland nicht wie gewohnt zur Verfügung stehen. Die derzeitige Lage auf dem Schweinemarkt ist gemäß der Antragsteller eine Folge von mehreren Krisen und zunehmenden gesetzlichen und gesellschaftlichen Forderungen. Außerdem haben nach Angaben der Fraktion der CDU/CSU Schweinehalter mit weiteren widrigen Umständen, wie den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf dem wichtigen Außer-Haus-Markt oder den Folgen der Afrikanischen Schweinepest (ASP), in Deutschland zu kämpfen.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, eine rasche und unbürokratische Umsetzung der kurzfristigen Krisenhilfe für landwirtschaftliche Betriebe sicherzustellen und zeitnah das Kleinbeihilfenprogramm für bisher nicht Antragsberechtigte und in finanzielle Schieflage geratenen Schweinehalter auf den Weg zu bringen. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, allen Sauenhaltern bis Ende 2022 eine geförderte Zukunftsberatung über die bestehenden Beratungsdienste anzubieten, die finanziellen Fördermöglichkeiten für den Umbau der Ställe deutlich aufzustocken und aufgrund anhaltender Planungsunsicherheit eine Änderung von § 30 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutztV) in den Bundesrat einzubringen, durch welche die Frist für die Anforderungen an die Haltung von Sauen vom Absetzen bis zur Besamung auf acht Jahre nach einer echten Modernisierung des Bau- und Immissionsschutzrechts verlängert wird.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/2566 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

## **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Hermann Färber**  
Vorsitzender

**Susanne Mittag**  
Berichterstatterin

**Albert Stegemann**  
Berichterstatter

**Zoe Mayer**  
Berichterstatterin

**Ingo Boddke**  
Berichterstatter

**Bernd Schattner**  
Berichterstatter

**Ina Latendorf**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Susanne Mittag, Albert Stegemann, Zoe Mayer, Ingo Bodtke, Bernd Schattner und Ina Latendorf

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 47. Sitzung am 7. Juli 2022 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/2566** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der CDU/CSU bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die Schweinehaltung in Deutschland eine lange Tradition hat und einen wichtigen Produktionszweig in der Nutztierhaltung darstellt. Erzeugnisse aus Schweinefleisch sind nach Angaben der Antragsteller die in Deutschland mit am meisten geschätzten und konsumierten tierischen Lebensmittel.

Aktuell erleben nach Darstellung der Fraktion der CDU/CSU die heimischen Schweinehalter eine bislang unbekannte Marktverwerfung, in der viele Absatzwege im In- und Ausland nicht wie gewohnt zur Verfügung stehen. Die Antragsteller weisen darauf hin, dass, nachdem die Schlachtung von Schweinen 2016 bis 2020 um rund zehn Prozent abgenommen hat, allein in den Monaten November 2021 bis Mai 2022 die Zahl der in Deutschland gehaltenen Schweine im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,2 Prozent gesunken und zugleich das Niveau der Schweineschlachtungen in der Europäischen Union (EU) 2021 auf Rekordniveau gestiegen ist. Produktionsrückgänge in Deutschland wurden damit nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU systematisch durch Produktionsausweitungen in anderen Mitgliedstaaten der EU kompensiert.

Die derzeitige Lage auf dem Schweinemarkt ist gemäß der Antragsteller eine Folge von mehreren Krisen und zunehmenden gesetzlichen und gesellschaftlichen Forderungen. Sie erklären, dass neben den aktuell steigenden Produktionskosten für die heimische Nutztierhaltung, z. B. durch hohe Futtermittel- und Energiepreise, stetige Anhebungen der Standards sowie die unterschiedlichsten Aussagen innerhalb der Bundesregierung die Planbarkeit für die Nutztierhalter erschweren. Viele Ferkelzüchter haben nach Angaben der Fraktion der CDU/CSU ihren Betrieb bereits aufgegeben oder planen dies zu tun. Besonders einschneidend ist in den Worten der Antragsteller die vom Bundesrat – 2021 – beschlossene Verschärfung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV). Diese verlangt gemäß der Fraktion der CDU/CSU von einem Großteil der Sauenhalter, in weniger als zwei Jahren Betriebs- und Umbaukonzepte für das Deckzentrum vorzulegen oder diese Tierhaltung binnen vier Jahren einzustellen. Damit Betriebe Gewissheit darüber erhalten, ob ihr Standort Chancen auf eine Modernisierung und Umbaugenehmigung hat und wie dies ausgestaltet werden kann, benötigen nach Auffassung der Antragsteller Landwirte, die einen Umbau der Tierhaltung mitgestalten wollen, eine gute fachliche Begleitung. Außerdem haben nach Angaben der Fraktion der CDU/CSU Schweinehalter mit weiteren widrigen Umständen, wie den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf dem wichtigen Außer-Haus-Markt oder den Folgen der Afrikanischen Schweinepest (ASP), in Deutschland zu kämpfen.

Mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. eine rasche und unbürokratische Umsetzung der kurzfristigen Krisenhilfe für landwirtschaftliche Betriebe sicherzustellen und zeitnah das Kleinbeihilfenprogramm für bisher nicht Antragsberechtigte und in finanzielle Schieflage geratenen Schweinehalter auf den Weg zu bringen;
2. allen Sauenhaltern bis Ende 2022 eine geförderte Zukunftsberatung über die bestehenden Beratungsdienste anzubieten, die finanziellen Fördermöglichkeiten für den Umbau der Ställe deutlich aufzustocken und aufgrund anhaltender Planungsunsicherheit eine Änderung von § 30 der TierSchNutzV in den Bundesrat einzu-

bringen, durch welche die Frist für die Anforderungen an die Haltung von Sauen vom Absetzen bis zur Besamung auf acht Jahre nach einer echten Modernisierung des Bau- und Immissionsschutzrechts verlängert wird;

3. umgehend eine Herkunftskennzeichnung mit „5xD“ (geboren, gemästet, geschlachtet, zerlegt, verarbeitet in Deutschland), als eine Orientierungshilfe für Verbraucherinnen und Verbraucher, einzuführen und Erfahrungen von EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Österreich einfließen zu lassen;
4. auf der europäischen Ebene darauf hinzuwirken, dass die Umwelt-, Sozial- und Tierschutzstandards weiter harmonisiert werden, um einen fairen Wettbewerb herzustellen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 24. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2566 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2566 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2566 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 17. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2566 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 31. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2566 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

#### 1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 20/2566 in seiner 15. Sitzung am 21. September 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, sie stimme der Fraktion der CDU/CSU insofern zu, dass die Lage der Schweinehalter in der Bundesrepublik Deutschland schwierig sei. Es könne beobachtet werden, dass es einen sehr langfristigen Rückgang beim Schweinefleisch-Konsum gebe. Der mache sich auch bei den schweinehaltenden Betrieben bemerkbar und sichtbar. Hinzu käme die Afrikanische Schweinepest (ASP), bei der nochmals betont werden müsse, dass der Bund bei ihr keine Zuständigkeit habe, denn für die Seuchenbekämpfung, was bedauert werden könne, seien in Deutschland die Bundesländer zuständig. Dass der Bund hier keine Finanzierungskompetenz habe, sei alleine schon ein Grund, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU abzulehnen. Betreffend der Forderung nach finanziellen Hilfen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU müsse darauf hingewiesen werden, dass die Agrarereugeranpassungsbeihilfe und das Kleinbeihilfeprogramm mittlerweile auf dem Weg gebracht worden seien. Was die Agrar-Kleinbeihilfe angehe, laufe die Frist für Anträge noch bis Ende Oktober 2022. Auch hier seien die Maßnahmen dezidiert auf die Schweinemäster, die Sauenhalter und die Betriebe mit Ferkelzucht ausgerichtet. Im Rahmen der Anpassungsbeihilfe flössen alleine 72 Millionen (Mio.) Euro in diesen Bereich. Damit gingen mehr als die Hälfte der Mittel an die schweinehaltenden Betriebe. Von den verschiedenen Corona-Hilfsprogrammen der Bundesregierung hätten die schweinehaltenden Betriebe in Höhe von insgesamt 450 Mio. Euro profitiert. Die

Fraktion der SPD stimme der Fraktion DIE LINKE. zu, dass von Seiten der Politik möglicherweise die Beratung der Betriebe nochmals mit in den Blick genommen werden müsse, d. h. die staatliche Förderung von Beratungen. Derzeit gebe es pro Betrieb bereits 1 500 Euro für eine Beratungsleistung, was möglicherweise unzureichend sei. Die Fraktion der SPD würde sich auch wünschen, dass deutsche Schweine, wie z. B. das Bunte Bentheimer Landschwein, mit einer besseren Marketingberatung versehen würden als z. B. das Iberische Landschwein. Die Anforderungen an die Haltung von Sauen in der Gruppe seien im Rahmen der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV) für einen Übergangszeitraum von acht Jahren erst geändert worden, sodass aus Gründen der Planungssicherheit es keinen Sinn mache, hier eine erneute Novellierung vorzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, der Begriff von multiplen Krisen sei derzeit in aller Munde. Wenn jemand besonders davon berichten könne, dann seien es momentan die Schweinehalter in Deutschland. Sie hätten nach wie vor große Probleme durch die Corona-Pandemie, die ASP, steigende Produktionskosten sowie Verschärfungen im Tierschutzrecht. Von diesen vier Punkten würden die Schweinehalter zwei alleine auf nationaler Ebene betreffen, was ihre besondere Betroffenheit deutlich mache. Das hätte dazu geführt, dass immer mehr Schweinehalter ihre Betriebe in Deutschland aufgaben und der Bestand an Schweinen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,42 Mio. Tiere zurückgegangen sei. Das sei der niedrigste Bestand seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990. Wer rein marktwirtschaftlich orientiert sei, könnte sagen, dass dies eine Marktberreinigung sei, die irgendwann zu höheren Preisen führen werde. Leider müsse diese Annahme verneint werden, denn in Spanien seien die Produktionskapazitäten genau um die Größenordnungen, die in Deutschland verringert worden seien, in die Höhe gegangen. Von daher liege eine schwierige Situation für die hiesigen Schweinehalter vor. Die Fraktion der CDU/CSU bitte in ihrem Antrag die Bundesregierung darum, sich für die Schweinehalter deutlicher als bisher einzusetzen. Inzwischen habe vernommen werden können, dass die Bundesregierung etwas gemacht hätte, d. h. bei den Kleinbeihilfen die Schweinehalter Mittel zugesprochen bekommen hätten. Allerdings seien diese 45 Mio. Euro für die Probleme, die sich bei den Betrieben angeschaut werden könnten, zu wenig. Das betreffe vor allen Dingen jene, die jetzt ihre Ställe neu- oder umbauen müssten. Alleine ein neuer Sauenplatz koste 8 000 Euro. Innerhalb der letzten fünf bis acht Jahre sei es zu einer Verdopplung der Stallbaukosten gekommen. Die 45 Mio. Euro könnten daher, auch wenn die maximale Höhe der Hilfen pro Betrieb mit maximal 62 000 Euro eine respektable Größe sei, den Landwirten insgesamt nicht wirklich weiterhelfen. Die Fraktion der CDU/CSU fordere daher eine bessere finanzielle Unterstützung der Schweinehalter und eine geförderte Zukunftsberatung für alle Sauenhalter. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass sich die in die Zukunft gerichtete Beratung verbessere, d. h. beraten werden sollte, ob es eine Wettbewerbsfähigkeit für den jeweiligen Betrieb gebe und wie der Stallausbau und -umbau funktionieren könne. Zudem fordere die Fraktion der CDU/CSU eine wissenschaftliche Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schweinehaltung sowie umgehend die Einführung einer Herkunftskennzeichnung mit „5xD“, d. h. „geboren, gemästet, geschlachtet, zerlegt und verarbeitet in Deutschland“. Die Betreiber von u. a. Kantinen sollten ferner ermutigt werden, bei Fleisch und Wurstwaren auf regionale Produkte umzusteigen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemerkte, was das Thema ASP angehe, gehöre die Seuchenbekämpfung in die Länderzuständigkeit. Das weise auf eine Grundsatzfrage hin. Es könne nicht alles beim Bund „abgeladen“ werden. Es sei von den Ländern in drei Föderalismuskommissionen dafür „gekämpft“ worden, die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern ordentlich aufzuteilen. Dann müsse von Seiten der Länder die eigene Zuständigkeit auch wahrgenommen werden. Es sei zudem eine Auseinandersetzung mit der neuen Realität nötig. Wenn gesehen werde, welche Auswirkungen heute auf den internationalen Handel durch die ASP erfolgten, welche Verschiebungen insgesamt stattfänden, auch im Kontext des Angriffes auf die Ukraine, müsste sich dieser Wirtschaftszweig und die Betriebe Gedanken darüber machen, was ihre Zukunft angehe. Was die Betriebe vor zehn, 20 Jahren noch in der landwirtschaftlichen Beratung oder durch Verbände erklärt bekommen hätten, d. h. werde immer größer und produziere mehr Schweinefleisch, stimme heute nicht mehr gleichermaßen. Das seien auch wirtschaftliche Entscheidungen, wo die Politik nur unterstützen, aber nicht alles ausgleichen könne. Viele Forderungen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU seien bereits umgesetzt worden oder seien „unterwegs“. Dazu gehörten die Krisenhilfe für landwirtschaftliche Betriebe, Kleinbeihilfenprogramme sowie finanzielle Fördermöglichkeiten für den Umbau der Ställe. Es würden sich einige Dinge im Antrag der Fraktion der CDU/CSU verbergen, mit denen sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht anfreunden könne. Dazu gehöre, versteckt in einer verklausulierten Formulierung, die Forderung nach einer faktischen Verlängerung der Übergangsfristen für den Ferkelschutz bzw. für den Kastenstand in Bezug auf § 30 TierSchNutzV. Die Bauern wollten diese Verlängerung nicht, sondern sie wollten Regeln haben, in welche Gruppen sie sich mit ihren Betrieben bei einer

Tierhaltungskennzeichnung „einsortieren“ und sich überlegen könnten, was ihr Marktmodell und womit sie umgehen könnten. Vor dem Hintergrund der Bestätigung des Bundesverwaltungsgerichtes betreffend des Urteils des Obergerichtes Magdeburg zu Kastenständen in der Sauenhaltung mache es keinen Sinn, jemandem etwas „vorzugaukeln“, was sich am Markt nicht umsetzen lassen könne. Was die Forderung der Fraktion der CDU/CSU nach einer Herkunftskennzeichnung mit „5xD“ betreffe, wüsste diese selber, da sie lange genug regiert hätte, dass der Staat nicht „5xD“ vorschreiben dürfte, da es nach dem Recht der Europäischen Union (EU) verboten wäre. Dagegen trete die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Herkunftskennzeichnung ein, die kompatibel mit dem EU-Recht sei. Viele Dinge, wie u. a. die Agrarerzeugeranpassungsbeihilfe und das Kleinbeihilfenprogramm, seien bereits auf den Weg gebracht worden. Die Einführung einer Haltungskennzeichnung und die dazugehörige Novellierung des Baurechts seien in Arbeit. Vor diesem Hintergrund sei der Antrag der Fraktion der CDU/CSU abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, dass die Lage der Schweinehalter ernst sei und die Sauenhaltung eine besondere Beachtung brauche, sei unstrittig. Die Bundesregierung habe in ihrer Politik bereits ihren Fokus auf die Situation der Schweinehalter ausgerichtet. Die Fraktion der CDU/CSU fordere unter Punkt 1 in ihrem Antrag die rasche finanzielle Unterstützung der Betriebe. Schon viele finanzielle Förderungen und Hilfen für die Betriebe seien auf den Weg gebracht worden seien, was positiv sei. Allerdings sei dieser Punkt nicht insgesamt entscheidend. Unter Punkt 2 werde bis Ende 2022 eine geförderte Zukunftsberatung gefordert, d. h. dass die Beratung ansatz- oder anteilmäßig gefördert werden solle. Es müsse allerdings darüber nachgedacht werden, dass alles, was im Moment in der Schweinehaltung Kosten verursache, für die nächsten 24 Monate „auszusetzen“ sei, um dort bessere Möglichkeiten zu schaffen. Es könne nicht wieder darum gehen, darüber nachzudenken, was bei den Betrieben geändert werden müsse. Alleine die derzeitigen Energieprobleme würden deutliche Kosten bei den Betrieben verursachen. Betreffend der Forderung Nr. 3 im Antrag der Fraktion der CDU/CSU, eine wissenschaftliche Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der Branche vornehmen zu lassen, müsse darauf hingewiesen werden, dass in der 19. Wahlperiode schon eine Analyse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweineproduktion in Deutschland an das Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen-Institut) beauftragt worden sei. Deren Ergebnisse sollen Ende Dezember 2022 vorliegen, sodass die Beauftragung einer weiteren wissenschaftlichen Analyse nicht zielführend sei. Die Forderung Nr. 4 im Antrag der Fraktion der CDU/CSU, die Herkunftskennzeichnung „5xD“ einzuführen, finde die Zustimmung der Fraktion der FDP. Allerdings hätte die Fraktion der FDP in der 19. Wahlperiode mit ihrem Antrag „Planungssicherheit für Sauenhalter herstellen – Abwanderung ins Ausland verhindern“ (Drucksache 19/4532) genau diese Forderung gestellt, die damals von der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt worden sei. Die Forderung Nr. 5 im Antrag der Fraktion der CDU/CSU, verstärkt Kantinen, Mensen und Verpflegungseinrichtungen für die Nachfrage von deutschem Schweinefleisch zu gewinnen, werde von der Fraktion der FDP geteilt. Die Forderung Nr. 6 im Antrag der Fraktion der CDU/CSU, auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die Standards weiter harmonisiert werden müssten, wäre bereits Bestandteil des Antrages der Fraktion der FDP „Tierwohl europäisch denken und baurechtlich ermöglichen“ (Drucksache 19/20047) in der 19. Wahlperiode gewesen, der ebenfalls von der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt worden wäre.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU komme wieder etwas zu spät, aber besser später als nie. Die deutsche Schweinehaltung befinde sich nach wie vor in einer unverschuldeten und schweren Krise. Explodierende Energie- und Futterkosten, die von den anderen Fraktionen noch gar nicht angesprochen worden seien, der Ausbruch der ASP und die daraus resultierenden Export-Stopps sowie die immer noch nachklingenden Folgen der mehr als zwei Jahre andauernden Corona-Krise setzten den Betrieben erheblich zu. Dazu kämen die immer kürzeren gesetzlichen Auflagen, die der hiesigen Schweinehaltung ebenfalls viel Zeit und Geld kosteten. Zusammenfassend stelle die Fraktion der AfD fest, dass die deutschen Schweinehalter derzeit unverschuldet nicht in der Lage seien, ihre Kosten mit den geringen Erlösen zu decken. Trotzdem erwarte die Politik von den Betrieben, dass sie viel Geld investierten, um ihre Ställe an verschärfte gesetzliche Haltungsverordnungen anzupassen oder sie zu sogenannten Tierwohlställen umzubauen. Diese Kosten seien momentan nicht mehr tragbar und entsprechend aus der Zeit gefallen. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU komme der Fraktion der AfD in einigen Teilen sehr bekannt vor. Die Zukunftsberatung, eine Prämie für Schweinehaltende Betriebe, eine Herkunftskennzeichnung bei Schweinefleisch und EU-weit einheitliche Nutztierhaltungsvorgaben hätte die Fraktion der AfD bereits in ihrem Antrag „Deutsche Schweinehaltung retten“ (Drucksache 20/702) im Februar 2022 gefordert. Bei diesen Punkten des Antrages der Fraktion der CDU/CSU könne sie mitgehen. Die Fraktion der AfD erinnere aber daran, dass diese Forderungen von der Fraktion der CDU/CSU damals entschieden abgelehnt worden seien. Was die von der Fraktion der CDU/CSU geforderten wissenschaftlichen Analysen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schweinehaltung, die bis zum Ende des dritten Quartals vorgelegt werden sollten, bringen

sollten, eröffne sich der Fraktion der AfD nicht. Dazu stehe weder etwas im Antrag der Fraktion der CDU/CSU noch hätte sie bei dessen Beratung im Ausschuss Ausführung dazu gemacht. Es fehlten im Antrag der Fraktion der CDU/CSU zudem sämtliche Maßnahmen zur Bekämpfung der ASP und die daraus folgenden ökonomischen Folgen. Insgesamt sei der Fraktion der AfD der Antrag der Fraktion der CDU/CSU inhaltlich „zu dünn“. Er wirke relativ schnell zusammengeschrieben. Deshalb werde er dem Ernst der Lage nicht gerecht.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verdeutlichte, der Strukturwandel in der Landwirtschaft werde nicht erst seit heute erlebt. Insofern seien die Konzentrationsprozesse, die derzeit beobachtet werden könnten, kein neues Phänomen. Der Schweinebestand in der Bundesrepublik Deutschland sei zwischen 2010 und 2021 „nur“ um drei Mio. Tiere zurückgegangen, aber die Zahl der Betriebe hätte sich in diesem Zeitraum halbiert, d. h. es seien mehr Schweine auf weniger Köpfe bzw. Betriebe aufgeteilt worden. Der Selbstversorgungsgrad Deutschlands bei Schweinefleisch hätte 2021 deswegen immer noch bei 132 Prozent gelegen. Das zeige, dass im Bereich der Schweinehaltung nach wie vor die Produktion exportorientiert bzw. exportabhängig sei. Die Fraktion DIE LINKE. wolle diesbezüglich etwas ändern, d. h. es müsse ein Strukturwandel zu einer flächengebundenen Tierhaltung beschleunigt werden und die zu starke Exportorientierung „über Bord geworfen“ werden. Im Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei eine klare Exportorientierung enthalten. Insofern könne ihr Antrag nicht von der Fraktion DIE LINKE. mitgetragen werden. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU spreche sich zudem für eine Aufweichung der novellierten TierSchNutzV aus, was ebenso von der Fraktion DIE LINKE. nicht mitgetragen werde. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. könne die Agrarwende nur gelingen, wenn staatlicherseits der Umbau der Tierhaltung massiv finanziell unterstützt werde. Es müsse zu einer modernen und ökologischeren Tierhaltung kommen werden und es dürfe keine Abkehr von Tierhaltungsnormen, die aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. eine positive Entwicklung darstellen, stattfinden. Es müsse eine Zukunftsberatung gefördert werden, eine einheitliche Herkunftskennzeichnung eingeführt werden und eine Harmonisierung der Umwelt-, Sozial- und Tierschutzstandards stattfinden, um diese Krise insgesamt mit den Landwirten gemeinsam zu überwinden. Die ständige Forderung nach „Wachsen oder Weichen“ sei falsch. Gebraucht würden hier gezielte unterstützende Maßnahmen für die Landwirte beim Umbau der Tierhaltung insgesamt.

## 2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/2566 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

**Susanne Mittag**  
Berichterstatlerin

**Albert Stegemann**  
Berichterstatter

**Zoe Mayer**  
Berichterstatlerin

**Ingo Bodtke**  
Berichterstatter

**Bernd Schattner**  
Berichterstatter

**Ina Latendorf**  
Berichterstatlerin